



**Staatsanwaltschaft des Kantons Basel-Stadt**

# **Jahresbericht 2018**

## Inhalt

Einleitende Bemerkungen	3
Organigramm	4
Die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt	5
Kriminalpolizei	7
Allgemeine Abteilung	10
Abteilung Wirtschaftsdelikte	12
Strafbefehlsabteilung	14
Jugendanwaltschaft	16
Stab und Führungsunterstützung	18
Allgemeine Statistiken	24

## Einleitende Bemerkungen

Über die anhaltende Pendenzenlast und die Kapazitäten der Staatsanwaltschaft wurde im vergangenen Sommer in den Medien ausführlich berichtet. Die Debatte über diesen sehr unbefriedigenden Zustand wird in der Politik derzeit geführt. Ich bin deshalb vorsichtig optimistisch gestimmt, dass wir mittelfristig mit mehr Personal unseren gesetzlichen Auftrag erfüllen können.

Als Sofortmassnahmen wurde bereits Ende 2018 mit der Rekrutierung von befristet anzustellenden Staatsanwältinnen und Staatsanwälten begonnen, um spätestens ab der zweiten Hälfte 2019 einen substanziellen Abbau älterer Strafverfahren zu ermöglichen.

Bei allen Diskussionen über fehlende Personalressourcen und hohe Pendenzen darf nicht vergessen gehen, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Vielzahl an Verfahren, darunter einige sehr spektakuläre Fälle, grossmehrheitlich in der geforderten Güte geführt und zum Abschluss gebracht haben. Mein Dank geht an alle Mitarbeitenden für das grosse Engagement in einem immer komplexer werdenden Tätigkeitsfeld.

Demnächst behandelt das Bundesparlament den Entwurf zur Revision der Strafprozessordnung. Die Strafverfolgungsbehörden werden sich dafür ein-

setzen müssen, dass der materiellen Wahrheitsfindung verstärkt Beachtung geschenkt wird und die administrativen Auflagen in den Strafverfahren, die für unsere Kernarbeit hindernde und kostentreibende Ausmasse



*Alberto Fabbri*

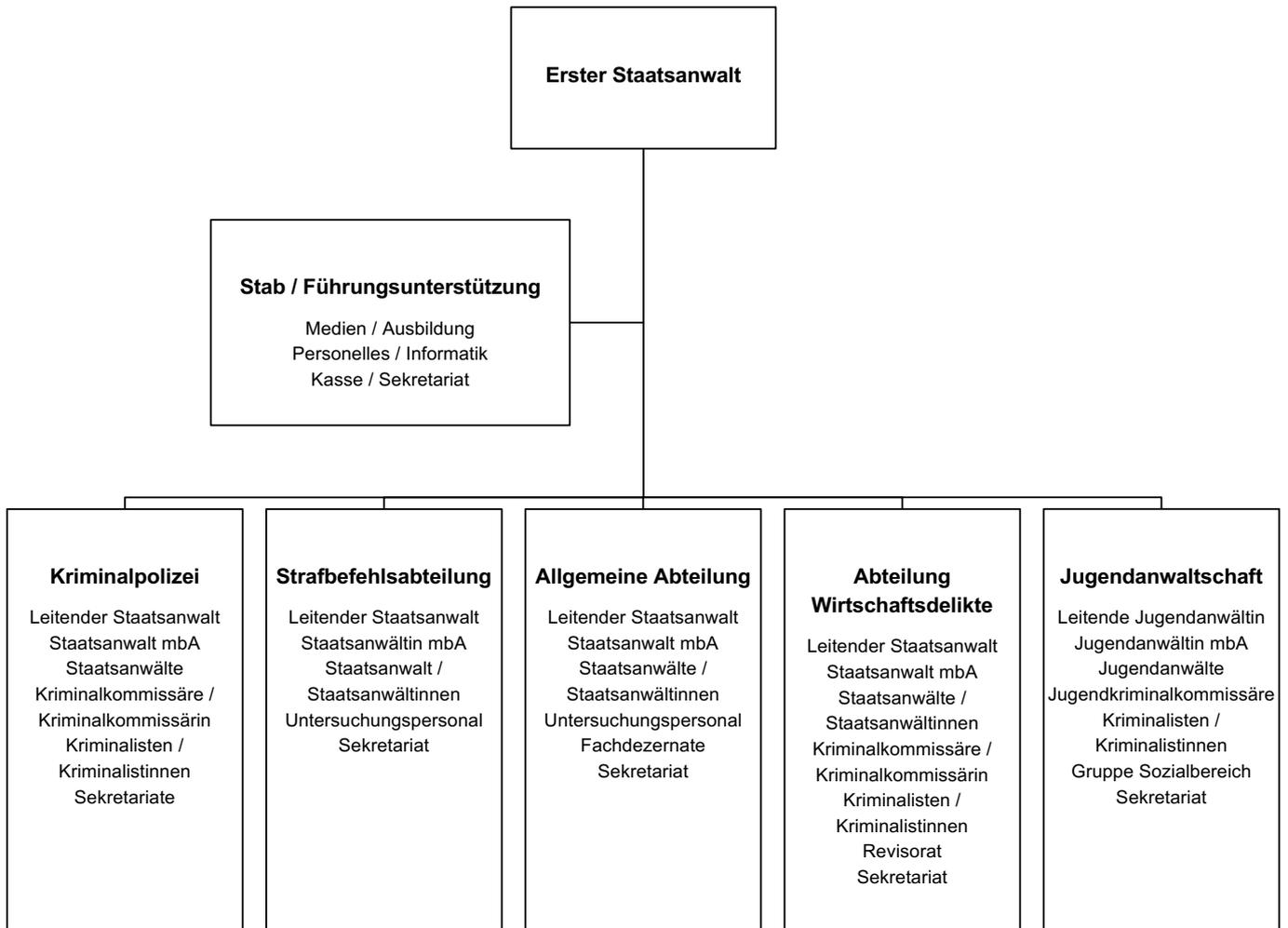
angenommen haben, reduziert werden. Es obliegt nun der Politik den Strafverfolgungsbehörden, die nötigen Werkzeuge zur Verfügung zu stellen, um Strafverfahren effizient und beschleunigt führen und erledigen zu können.

Ein weiteres Augenmerk gilt den neuen Technologien. Die Entwicklungen im Bereich der Cyber-Kriminalität, die in der überwiegenden Mehrheit einen interkantonalen oder transnationalen Charakter aufweist, müssen eng verfolgt werden. Die Bekämpfung dieser Kriminalitätsformen übersteigt die Möglichkeiten der kantonalen Strafverfolgungsbehörden, weshalb zwingend regionale und nationale Verbundlösungen anzustreben bzw. zu intensivieren sind. An einer engen Kooperation geht nach meiner persönlichen Einschätzung kein Weg vorbei.

lic. iur. Alberto Fabbri

Erster Staatsanwalt des Kantons Basel-Stadt

# Organigramm



## Die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Die Staatsanwaltschaft führt Strafverfahren bei Verbrechen, Vergehen und Übertretungen. Sie erhebt und vertritt die Anklage, erlässt Strafbefehle und weitere Abschlussverfügungen wie Sistierung, Einstellung, Abtretung oder Nichtanhandnahme. Zudem leistet sie internationale sowie nationale Rechtshilfe in Strafsachen. Der Gesamtschweizerische Kantonsrat übt die administrative Aufsicht über die Staatsanwaltschaft aus. Sie ist administrativ dem Justiz- und Sicherheitsdepartement zugeordnet und wird vom Ersten Staatsanwalt geleitet.

Anzeigen werden von der **Kriminalpolizei** entgegengenommen. Sie leitet die Strafverfolgung ein und ergreift erste Massnahmen, wie etwa die Feststellung des Tatbestandes, die Sicherung von Beweismitteln oder die Fahndung nach flüchtigen Verdächtigen. Ferner schliesst sie auch Vorverfahren mittels Nichtanhandnahme, Einstellung oder Strafbefehl ab.

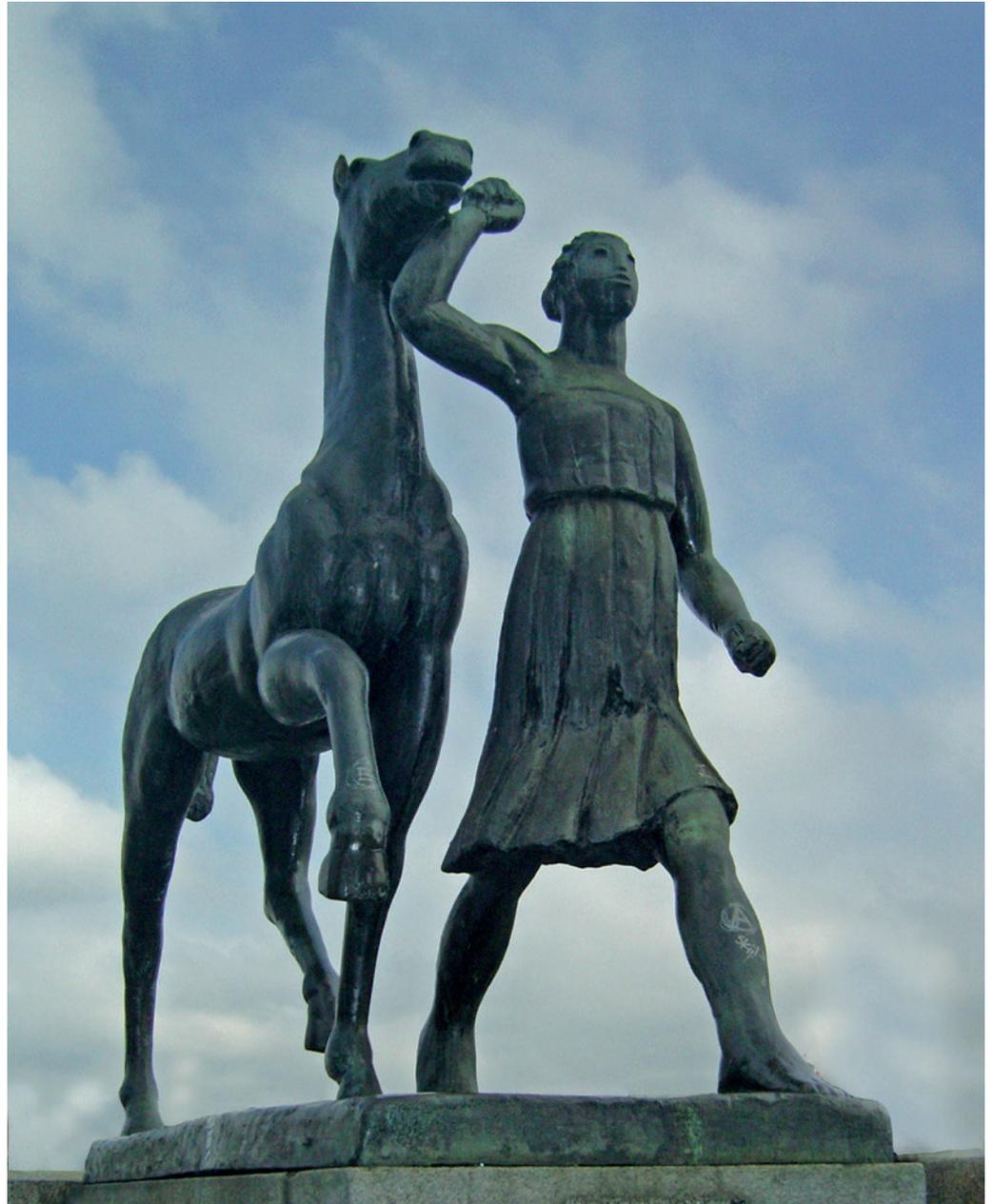
Die **Allgemeine Abteilung** der Staatsanwaltschaft ergänzt den Ablauf einer Strafuntersuchung durch weitere Untersuchungen und Einvernahmen oder holt je nach Situation die notwendigen Gutachten ein. Sie schliesst das Verfahren durch Anklageerhebung oder Erlass eines Strafbefehls ab oder stellt es ein.

Untersuchungsverfahren zu Delikten, die sich im wirtschaftlichen Bereich abspielen, werden von der Abteilung **Wirtschaftsdelikte** übernommen. Die Verfahren werden in der Regel von der Anzeige bis zum Abschluss bearbeitet. Der Abteilung steht auch ein Revisorat zur Verfügung.

Die **Strafbefehlsabteilung** nimmt die Aufgaben der Verfahrensleitung wahr gegenüber der Kantonspolizei sowie verschiedenen Verwaltungsbehörden im Kanton Basel-Stadt und schliesst deren Ermittlungen mittels Erlass eines Strafbefehls, Anklageerhebung oder Einstellung des Verfahrens ab.

Die Aufgabe der **Jugendanwaltschaft** liegt darin, die Verfahren gegen Unmündige zu führen und auch die Sanktionen zu vollziehen. Ausserdem befragt die Jugendanwaltschaft im Auftrag der Staatsanwaltschaft oder der auswärtigen Stellen alle minderjährigen Tatzeugen, insbesondere auch Opfer von Sexual- und Gewaltdelikten.

Der **Stab** und zugleich die **Führungsunterstützung** des Ersten Staatsanwalts ist verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit, die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden, das Personal- und Rechnungswesen, die Logistik sowie den gesamten Informatik-Support, inklusive IT-Ermittlung.



Skulptur „Amazone, Pferd  
führend“ des Bildhauers  
Carl Burckhardt an der  
Schiffände.

## Kriminalpolizei

**Die Regierung legte für die Staatsanwaltschaft Schwerpunkte zur Kriminalitätsbekämpfung und Strafverfolgung in den Bereichen Gewaltdelikte, Einbrüche und Menschenhandel fest. Die Bekämpfung der Kriminalität wird durch formelle Verfahrenerschwernisse weiter verschärft.**

Die Kriminalpolizei richtete sich auch im Jahr 2018 nach den vom Regierungsrat im Vorjahr festgelegten Schwerpunkten zur Kriminalitätsbekämpfung und Strafverfolgung. So wurden gezielt die drei im gesellschaftlichen Fokus stehenden Deliktfelder Gewaltstraftaten, Einbruchdiebstahl und Menschenhandel bekämpft. Zu diesem Zweck wurde bereits 2017 die für die Bekämpfung des Menschenhandels spezialisierte Fachgruppe der Kriminalpolizei mit zwei Ermittlern verstärkt. Ein erstes aussagekräftiges Fazit zu den zusätzlichen Ermittlungsanstrengungen im Bereich des Menschenhandels wird im Verlauf der kommenden Monate möglich sein.

Die seit der Einführung der schweizerischen Strafprozessordnung festzustellende Tendenz, dass die Erledigung von Anzeigen nicht parallel mit deren Eingang verläuft, setzt sich fort. Auch die formellen Verfahrenerschwernisse und der damit einhergehende Zusatzaufwand verschärfen sich weiter. Dies zeigt sich beispielsweise daran, dass aufgrund der neueren bundesgerichtlichen

Rechtsprechung die Polizei in jedem Fall, in dem sie eine zur Kontrolle der Fahrfähigkeit nötige Blutprobe anordnen möchte, zwingend vorgängig den Pikett-Staatsanwalt anrufen muss. Dies ist bereits aus prozessökonomischen Gründen sinnlos, da die Staatsanwaltschaft aufgrund der bundesrechtlichen Vorgaben grundsätzlich keinerlei Ermessen hat. Ausserdem haben die von den Gerichten immer wieder geforderten Videokonfrontationen zur Beweiskraftsicherung von Zeugenaussagen den personellen und logistischen Aufwand in diesem Bereich mindestens verdoppelt.

### **Anzahl der Pendenzen leicht reduziert**

Die Gesamtheit all dieser Formalitäten verzögert die Verfahrenserledigung signifikant, und die Verfahrenseleitungen sind weiter gezwungen, minder prioritäre Fälle in erheblichen Mengen zurückzustellen. So waren denn zum Jahresende 2018 erneut 5'980 (2017: 6'771) Verfahren hängig. Die gegenüber dem Vorjahr erfreuliche Abnahme um rund 12 Prozent konnte insbesondere erzielt werden, weil Fälle ohne hinreichende Ermittlungsansätze konsequent geprüft und rasch, aber mit entsprechendem Zusatzaufwand erledigt wurden. Gleichzeitig war ein leichter Rückgang eingegangener Strafanzeigen zu verzeichnen. Damit konnten die Pendenzen zwar temporär reduziert werden, jedoch stellt dies keine nachhaltige Lösung des strukturellen Problems dar,



Der im Jahr 1926  
errichtete Wasserturm  
Bruderholz.

«Erfreulicherweise konnten im Berichtsjahr alle personellen Vakanzen rasch wiederbesetzt werden.»

zumal die Steigerungsrate seit Ende 2010 (2017: 3'882) immer noch 54 Prozent beträgt. Da weiterhin keine zusätzlichen Ressourcen zur Verfügung stehen, erfolgte dies zu Lasten anderer Fachgruppen, die weiter stark belastet bleiben.

Erfreulicherweise konnten im Berichtsjahr alle personellen Vakanzen rasch wiederbesetzt werden.

### 503 Fälle innerhalb von 48 Stunden erledigt

Um die Anordnung von Untersuchungshaft zu vermeiden, haben die Staatsanwälte der Kriminalpolizei auch im Berichtsjahr vor allem im Rahmen des Pi-

kettdienstes bei festgenommener Täterschaft mit unklarem Aufenthaltsstatus und damit bestehender Fluchtgefahr, aber bewiesener und/oder zugegebener Tat während 365 Tagen 503 (2017: 430) Fälle innerhalb von 48 Stunden erledigt und den beschuldigten Personen vor der Entlassung aus dem Polizeigewahrsam einen Strafbefehl ausgehändigt.

### Entwicklung ausgewählter Straftaten Basel-Stadt

	2014	2015	2016	2017	2018
<b>Leib und Leben</b>	<b>1'382</b>	<b>1'506</b>	<b>1'410</b>	<b>1'436</b>	<b>1'396</b>
<b>Sexualdelikte</b>	<b>242</b>	<b>272</b>	<b>393</b>	<b>277</b>	<b>277</b>
<b>Vermögen</b>	<b>15'672</b>	<b>14'929</b>	<b>14'838</b>	<b>15'093</b>	<b>14'542</b>
- Einbruch	1'348	1'358	1'339	1'372	1'024
- Raub	136	104	124	83	88
- Entreissdiebstahl	46	32	31	26	2
- Taschendiebstahl	920	807	613	554	452

## Allgemeine Abteilung

**Die Anzahl der erledigten Verfahren und der persönlichen Vertretung der Anklage hat sich auf dem Vorjahresniveau etabliert. Die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte nahmen 2018 an 185 Haupt- und Berufungsverhandlungen vor Straf- und Appellationsgericht teil.**

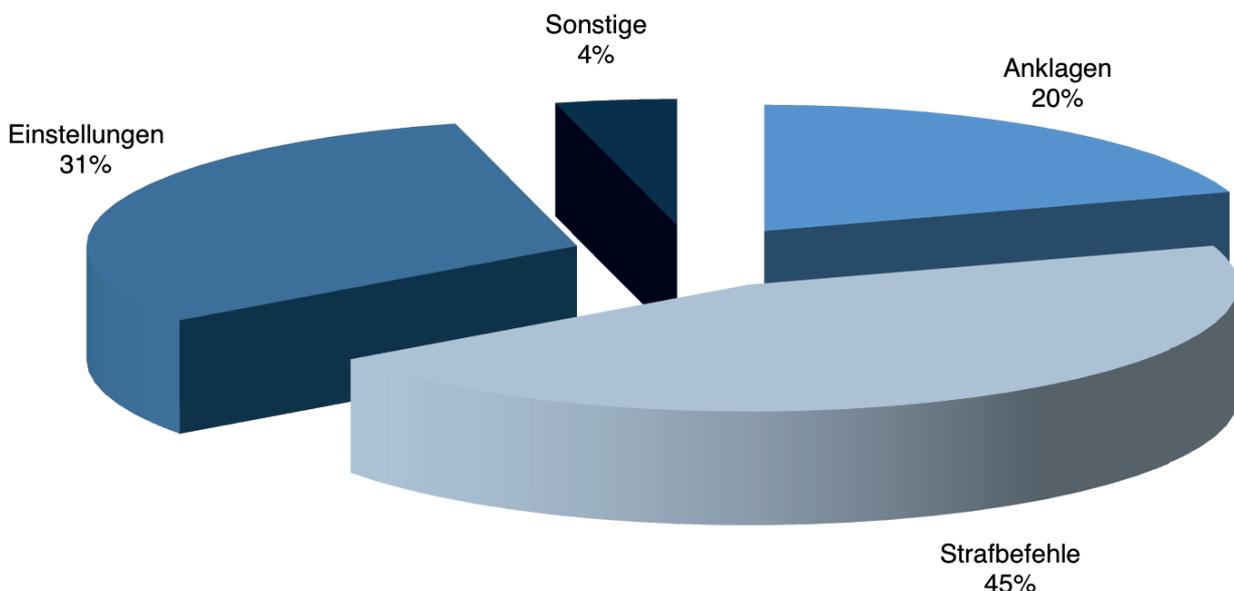
In der Allgemeinen Abteilung hat sich im Jahr 2018 die Anzahl der erledigten Verfahren und der persönlichen Vertretung der Anklage mit einer insgesamt leicht positiven Tendenz auf dem Vorjahresniveau etabliert. So wurden 247 (2017: 249) ordentliche Anklageschriften, d. h. ohne nach Einsprache überwiesene Strafbefehle, an das Strafgericht überwiesen sowie 1'010 (2017: 905) Strafbefehle erlassen. Da nebst dem Abschluss der Untersuchungsverfahren auch die persönliche Vertretung der Anklage vor den Gerichten einen namhaften Anteil der Kern-tätigkeit der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte

der Allgemeinen Abteilung ausmacht, ist bei einer Gesamtbetrachtung auch ihre Gerichtspräsenz zu berücksichtigen. Sie nahmen an 185 (2017: 176) Haupt- und Berufungsverhandlungen vor dem Straf- und Appellationsgericht teil, was eine leichte Steigerung im Vergleich zum Vorjahr darstellt.

### Ein Strafverfahren mit 18 Beschuldigten

Ende Oktober 2018 wurde schliesslich erstmals eine Hauptverhandlung am Strafgericht durchgeführt, anlässlich welcher gleich drei Vertreter der Staatsanwaltschaft die Anklage vertreten mussten. Das Verfahren richtete sich gegen 18 beschuldigte Personen, die sich wegen eines gemeinsam begangenen Vorfalls und wegen zahlreicher einzeln begangener strafbarer Handlungen zu verantworten hatten. Auch wenn sich die personellen Ressourcen in der Allgemeinen Abteilung in knapp bemessenen Grenzen halten, dürfte diese Mehrfachver-

### Fallerledigung 2017



«Erstmals wurde eine Hauptverhandlung am Strafgericht durchgeführt, an der gleich drei Vertreter der Staatsanwaltschaft teilnahmen.»

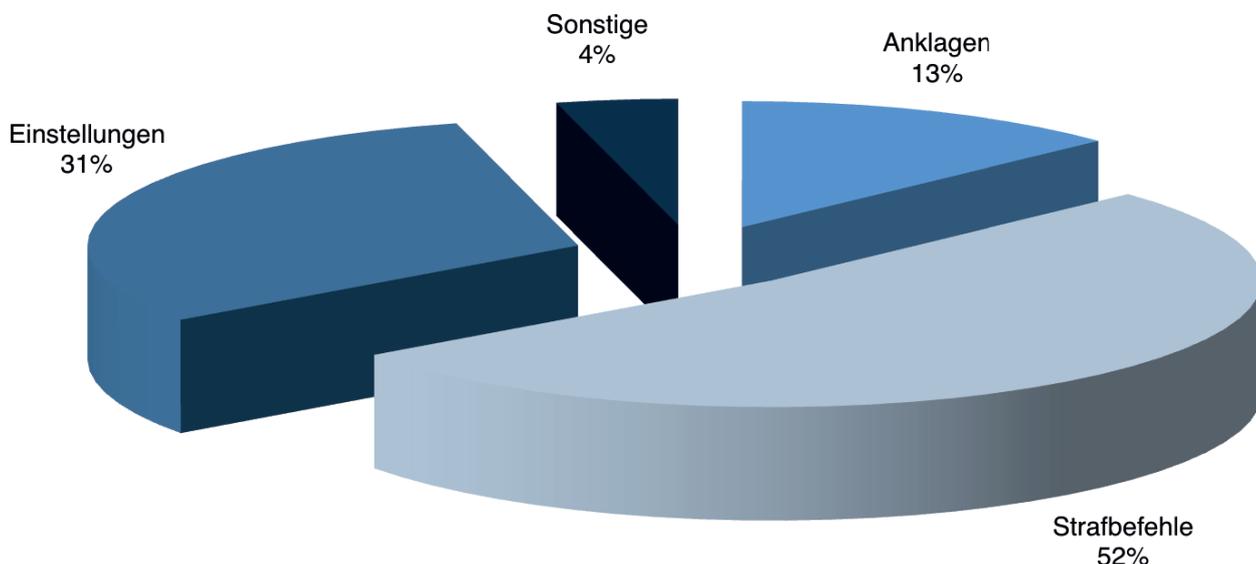
vertretung an einer Hauptverhandlung zwar weiterhin eine Ausnahme, aber sicherlich kein Einzelfall mehr bleiben. Eine professionelle Vertretung in Fällen, bei welchen schon aus prozessrechtlichen Gründen eine gemeinsame Beurteilung der Taten von zahlreichen anwaltlich vertretenen Mittäterinnen und Mittätern und/oder Teilnehmenden angezeigt ist, ist vermutlich des Öfteren auf diese Weise zu gewährleisten.

Auf das per Januar 2018 in Kraft getretene teilrevidierte Sanktionenrecht wurde zwar ein spezielles Augenmerk gerichtet. Mangels erheblicher Veränderungen – teilweise handelte es sich um eine Anpassung an die Praxis – hielten sich die Diskussionen und Auslegungsschwierigkeiten allerdings in Grenzen.

**Regelmässige Weiterbildung ist zwingend**

Obschon keine grösseren Gesetzesänderungen in diesem Jahr in Kraft treten werden, legt die Allgemeine Abteilung auch in diesem «Zwischenjahr» grossen Wert auf den regelmässigen fachlichen Austausch, unter anderem an ausserordentlichen internen und externen Weiterbildungsveranstaltungen. Bei gleichbleibender Personalsituation in der Allgemeinen Abteilung ist dies die einzige Möglichkeit, um den Grundauftrag zu erledigen. Dieser lautet nach Vorgaben der Strafprozessordnung, die Verfahren sachgerecht und effizient abzuschliessen. Denn die verschiedenen gesetzlich bedingten Prioritäten werden nicht abnehmen und das Ausschöpfen der durch die Strafprozessordnung festgelegten Rechte von den Parteien im Vorverfahren nimmt ebenfalls stetig zu.

**Fallerledigung 2018**



## Abteilung Wirtschaftsdelikte

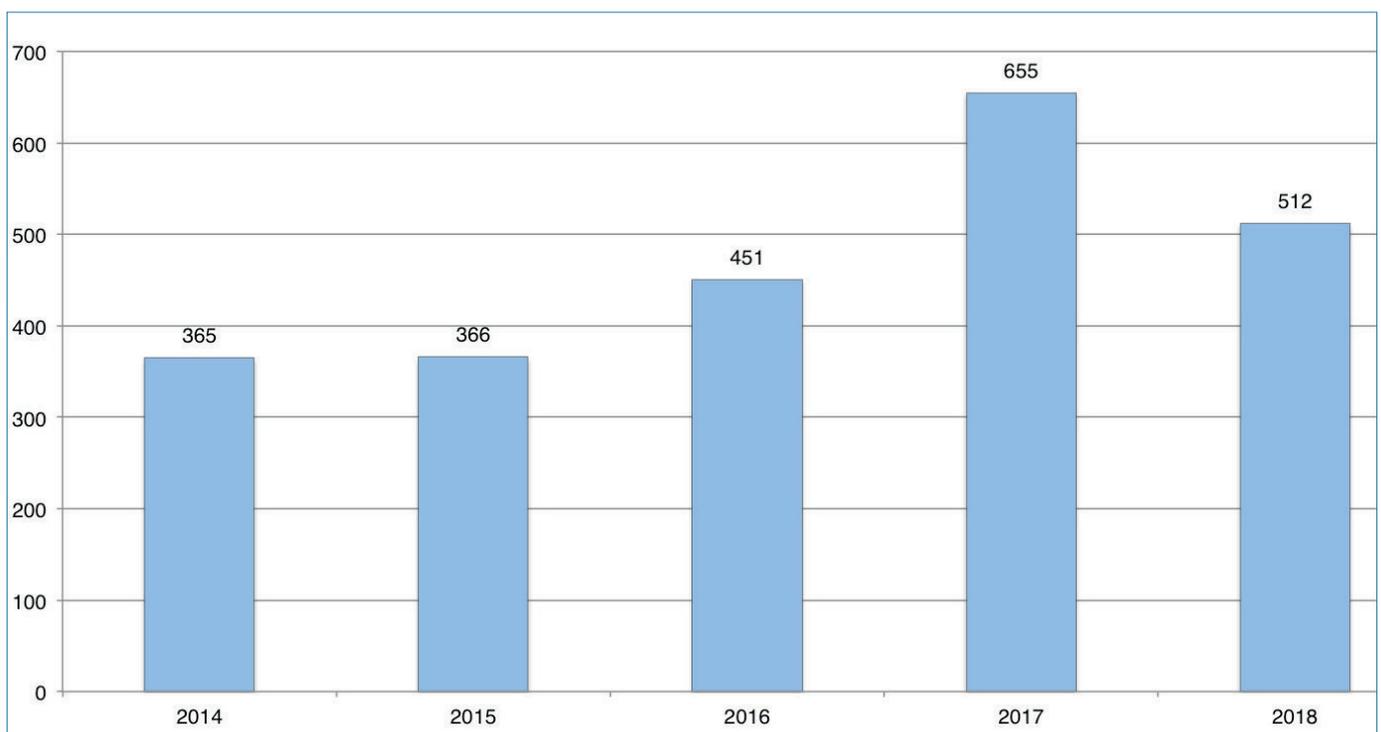
**Im langfristigen Mittel setzt sich der Trend zu immer mehr Wirtschaftsstrafverfahren unvermindert fort. Die Untersuchungshandlungen beim Vollzug internationaler Rechtshilfeersuchen erwiesen sich erneut als sehr zeit- und personalaufwändig.**

Im Berichtsjahr 2018 kam es vermeintlich zu einer Abnahme der eingehenden Wirtschaftsstraffälle: Wurden im Jahr 2017 655 neue Strafverfahren eröffnet, reduzierte sich diese Zahl 2018 auf 512. Diese Reduktion ist ausschliesslich in der Tatsache begründet, dass es im Vorjahr zur Eröffnung von Strafverfahren gegen rund ein Dutzend hauptbeschuldigte Personen sowie gegen Dutzende weitere Mitbeschuldigte wegen des Verdachts des Kreditbetrugs und anderer Betrugshandlungen

gekommen war und sich eine solche Konstellation 2018 nicht wiederholte.

Aufgrund der speziellen Situation des Jahres 2017 ist daher zum Vergleich die Zahl der neu eröffneten Fälle aus dem Jahr 2016 herbeizuziehen: Damals kam es zur Eröffnung von 451 Wirtschaftsstrafverfahren. Im langfristigen Mittel setzt sich daher der Trend zu immer mehr Wirtschaftsstrafverfahren unvermindert fort. Erneut war eine hohe Anzahl von Verfahren in den Bereichen der Sozialstraffälle sowie der Schuldbetreibungs- und Konkursdelikte zu verzeichnen. Diese Entwicklung ist auch erkennbar bei den seit Anfang 2017 von der Fachgruppe 7 der Kriminalpolizei zur Erledigung übernommenen, zusätzlich zeitintensiven Verfahren.

### Fallzahlen Wirtschaftsdelikte/Eingänge



«Im langfristigen Mittel setzt sich der Trend zu immer mehr Wirtschaftsstrafverfahren fort.»

### Neues Analysetool verspricht Beschleunigung

Wie bereits in den Vorjahren konnte auch im Berichtsjahr 2018 der Abbau der zunehmend grösser werdenden Anzahl pender Fälle nicht im angestrebten Masse erfolgen. Der Grund dafür lag in der Vielzahl neu eröffneter, teilweise prioritär zu behandelnder Fälle sowie zahlreicher Haftsachen und Verfahren, in welchen Zwangsmassnahmen durchzuführen waren. Einmal mehr erwiesen sich auch die Ermittlungen und Untersuchungen der internationalen Rechtshilfeersuchen im Jahr 2018 (2018: 50 Fälle; 2017: 55 Fälle) aufgrund zahlreicher operativer Tätigkeiten als sehr zeit- und personalaufwändig. Schliesslich beanspruchten sowohl die Vorbereitung für Verhandlungen des Straf- und Appellationsgerichts als auch die Anwesenheit an den Verhandlungen die

Juristinnen und Juristen der Abteilung in wesentlichem Masse.

Die Abteilung Wirtschaftsdelikte ist indes fortwährend dafür besorgt, aus eigenen Kräften weitere punktuelle Verbesserungen zu erzielen: In der zweiten Hälfte des Jahres 2019 ist die Einführung eines 2018 ausführlich getesteten Analysetools geplant. Mit dieser Neuerung ist die berechtigte Erwartung verbunden, dank moderner Software die zeitintensive Auswertung elektronischer Daten wesentlich zu beschleunigen und damit den Kriminalistinnen und Kriminalisten mehr Freiraum für andere Ermittlungshandlungen zu verschaffen.

Der Pisoni-Brunnen auf dem Basler Münsterplatz.



## Strafbefehlsabteilung

**Im Jahr 2018 haben die Mitarbeitenden der Strafbefehlsabteilung 24'052 Strafbefehle erlassen und 4 Anklagen erhoben. Gegenüber dem Vorjahr ist eine leichte quantitative Reduktion der Erledigungen zu verzeichnen.**

In der Berichtsperiode kam es erfreulicherweise zu keinerlei personellen Veränderungen unter den fest angestellten Mitarbeitenden der Strafbefehlsabteilung, so dass alle Stellen mit erfahrenen Fachkräften besetzt waren. Nichtsdestotrotz ist eine leichte quantitative Reduktion der Erledigungen gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Sie ist insbesondere auf zunehmende formelle Anforderungen in der Verfahrensführung zurückzuführen. Zudem konnten Belastungsspitzen, die im von der Strafbefehlsabteilung zu bewältigenden Massengeschäft regelmässig auftreten, nicht mehr im gleichen Mass mit befristet angestelltem juristischem und kaufmännischem Personal gebrochen werden wie noch im Jahr 2017.

In statistischer Hinsicht wurden 24'052 (2017: 26'007) Strafbefehle erlassen und 4 (2017: 4) Anklagen erhoben. 356 Strafbefehle (2017: 344) wurden

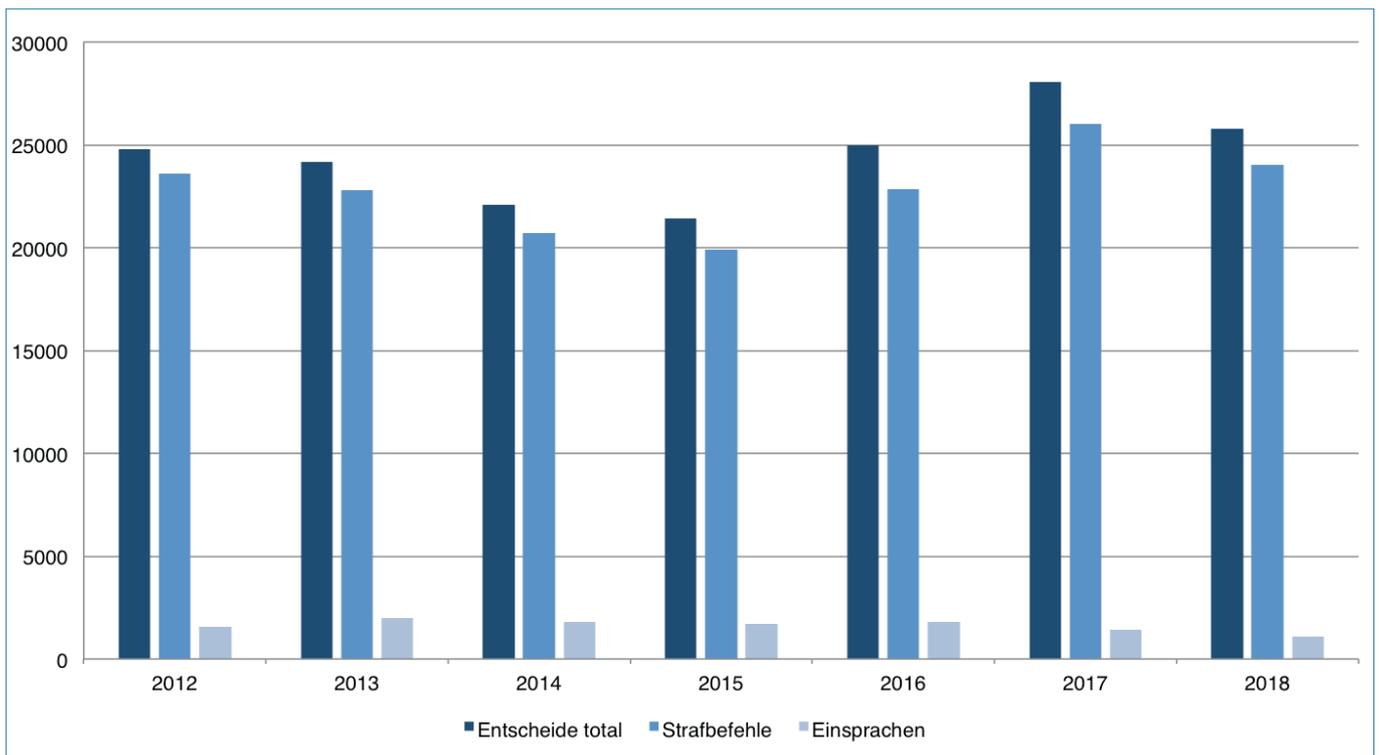
Personen ausgehändigt, während sich diese noch im Freiheitsentzug befanden. Ausserdem wurden 1'125 (2017: 758) Einstellungs- bzw. Nichtanhandnahmeverfügungen erlassen sowie 52 (2017: 116) Nachentscheide gefällt. Gegen 1'103 (2017: 1'425) Strafbefehle ging eine Einsprache ein. Die Einsprachequote reduzierte sich somit ein weiteres Mal von 5.5 Prozent im Vorjahr auf 4.5 Prozent in der Berichtsperiode.

### **Einsprachequote weiter reduziert**

Im Jahr 2018 wurden nach erhobener Einsprache und nach allfälligen zusätzlich durchgeführten Abklärungen 663 (2017: 685) Verfahren zur weiteren Beurteilung ans Strafgericht überwiesen, wobei das erstinstanzliche Gericht in rund 40 Prozent (2017: 38 %) der Fälle lediglich über die Gültigkeit der zumeist verspätet eingereichten Einsprache befinden musste. 531 (2017: 740) der Einspracheverfahren wurden in der Strafbefehlsabteilung nach ergänzender Beurteilung und allenfalls zusätzlich erfolgter Beweisabnahme abgeschlossen.

«Belastungsspitzen konnten mit befristet angestelltem juristischem und administrativem Personal etwas gebrochen werden.»

### Jahresstatistik Strafbefehlsabteilung



## Jugendanwaltschaft

**Die Jugendkriminalität im Kanton Basel-Stadt ist auch 2018 gut überschaubar geblieben und die Anzahl angezeigter Delikte hat im Vergleich zum 2017 leicht abgenommen. Nachdem 2016 bei den Vermögensdelikten ein grösserer Anstieg zu verzeichnen war, hat sich die Zahl 2018 im Vergleich zum Vorjahr wieder deutlich verringert.**

Insgesamt wurde im Berichtsjahr in 2 (2017: 7) Fällen Einsprache gegen den Strafbefehl erhoben. Die Jugendanwältinnen und Jugendanwälte führten mit 167 (2017: 163) Kindern und Jugendlichen einzelrichterliche Verhandlungen durch. Unerledigt waren per 31. Dezember 2018 143 (2017: 146) Verfahren mit 168 beschuldigten Personen und 279 (2017: 325) Anzeigen. Der Sozialbereich führte 75 (2017: 69) Abklärungen zur Person durch.

Im Verlaufe des Jahres 2018 wurden 108 (2017: 82) Jugendliche im Rahmen eines Strafverfahrens festgenommen. Aus dem Kanton Basel-Stadt stammten 61 (2017: 25); 33 dieser Jugendlichen hielten sich hier als Asylbewerber auf. 10 (2017: 17) Jugendliche kamen aus anderen Kantonen; 37 (2017: 40) hatten keinen Wohnsitz in der Schweiz. 12 Prozent der Festgenommenen waren weibliche

Jugendliche. Bei 18 (2017: 16) Jugendlichen wurde Untersuchungshaft angeordnet, davon waren 3 Jugendliche im Kanton Basel-Stadt wohnhaft. Bei 6 (2017: 11) Jugendlichen wurde die Haft durch das Zwangsmassnahmengericht nach Ablauf von 7 Tagen verlängert. Bei weiteren 3 in Basel-Stadt wohnhaften Jugendlichen wurde eine stationäre Beobachtung angeordnet.

### 13 Personen im stationären Massnahmevollzug

Im stationären Massnahmevollzug befanden sich Ende 2018 13 (2017: 18) Personen; bei 3 (2017: 2) dieser Personen ist die Unterbringung sistiert. Bei 11 (2017: 16) Personen sind ambulante Massnahmen und bei weiteren 15 (2017: 21) Personen Begleitungen hängig. Im Verlaufe des Jahres 2018 waren insgesamt 8 (2017: 9) Personen zur Verbüssung von Freiheitsentzügen in der Jugendabteilung des Untersuchungsgefängnisses untergebracht.

Der Nettoaufwand für die Untersuchungshaft ausserhalb des Untersuchungsgefängnisses, für Beobachtungsaufenthalte in Institutionen und für den Straf- und Schutzmassnahmevollzug betrug 2 Millionen Franken und lag damit knapp 12 Prozent unter dem Vorjahr.

### Erledigungen

	2017	2018
<b>Anklagen</b>	10	14
<b>Strafbefehle</b>	413	395
<b>Einstellungen, Nichtanhandnahmen, Abtretungen</b>	462	434
<b>Nachentscheide</b>	keine Erhebung	11

«Im stationären Massnahmevollzug befanden sich Ende 2018 13 Personen und somit weniger als im Vorjahr.»



Die Sicht auf das Grossbasler Rheinufer von der Wettsteinbrücke.

## Stab und Führungsunterstützung

### Personelles und Logistik

Die Leitung Personelles erbringt Dienstleistungen zur Unterstützung der Führungsverantwortlichen der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt, aber auch zur Überwachung der Linie bei der Wahrnehmung dieser Verantwortung. Ihre Arbeit orientiert sich an festgelegten Qualitätsstandards. Die Aufgaben umfassen Beratung der Führungsverantwortlichen in allen personalrelevanten Fragestellungen, Personalplanung, Rekrutierung, Anstellung und Einführung, Personalbetreuung und Personalfreisetzung.

Aufwändig waren die logistischen Aufgaben im Zusammenhang mit dem Umbau der Jugendanwaltschaft sowie mit grösseren Renovationsarbeiten an der Hülle und auf dem Dach des Waaghofs.

2018 wurden 238 Vollzeitstellen verzeichnet. Die rückständigen Zeitguthaben (Ferien, Überzeit, Gleitzeit) konnten im Jahr 2018 auf 25'125 Stunden (2017: 28'645) reduziert werden.

### Aus- und Weiterbildung

Im Berichtsjahr führte die Staatsanwaltschaft schwerpunktgemäss Ausbildungen zum Thema Cyberkriminalität durch. In diesem Zusammenhang mussten die Mitarbeitenden ein E-Learning-Programm des Schweizerischen Polizeiinstituts (SPI) absolvieren. Zudem wurden zwei monatliche Weiterbildungsveranstaltungen und eine mehrtägige Schulung für IT-Spezialistinnen und IT-Spezialisten durchgeführt.

Insgesamt 370 Mitarbeitende besuchten interne und externe Fach- und Kaderausbildungen in diversen Bereichen der Strafverfolgung.

An den monatlichen Weiterbildungsveranstaltungen nahm erneut eine grosse Anzahl von Mitarbeitenden der Staatsanwaltschaft und von Partnerbehörden teil. Schwerpunkt der Referate bildeten Fälle aus der Praxis sowie Berichte zu abgeschlossenen Strafverfahren, die den Fachaustausch ermöglichen. Zudem konnten spezialisierte Ermittlungsdienste anderer Kantone und des Bundes ihre Aufgabenbereiche vorstellen und somit den Wissenstransfer weiter fördern.

### IT-Projekte und IT-Support

Wie wichtig und komplex die Digitalisierung und Automatisierung in allen Lebensbereichen geworden sind, hat sich auch im Jahr 2018 gezeigt.

Durch den Weggang von zwei IT-Spezialisten im vierten Quartal 2017 waren die restlichen IT-Mitarbeitenden sehr stark gefordert. Trotz knapper personeller Ressourcen konnten nebst dem Grossprojekt «Geschäftskontrolle STAWA» (vgl. S. 20) diverse andere Projekte erfolgreich abgeschlossen werden. Dazu zählen unter anderem die Einführung einer neuen Videobefragungsanlage in der Jugendanwaltschaft sowie der Ausbau der bestehenden Videobefragung zur Verwendung mit Partnerbehörden im In- und Ausland. Ausserdem wurden alle Kriminalistinnen und Kriminalisten mit iPhones ausgestattet, womit die Erreichbarkeit in Sonderlagen und die Kommunikation im Einsatz verbessert werden. In einer ersten Phase wurde das App IMP (Instant Messenger Police) installiert und zur Verfügung gestellt. Weitere Apps wie z.B. SmartPolice werden im Verlauf des kommenden Jahres folgen.

**IT-Ermittlungen**

Jahr	Anzahl Auswertungen	Datenmenge in Terabyte (TB)
2014	91 (davon 11 Navi-Geräte)	61.36 (Ø pro Fall = 0.674 TB)
2015	80 (davon 9 Navi-Geräte)	78.85 (Ø pro Fall = 0.985 TB)
2016	100 (davon 9 Navi-Geräte)	167.37 (Ø pro Fall = 1.83 TB)
2017	86 (davon 12 Navi-Geräte)	76.98 (Ø pro Fall = 1.04 TB)
2018	59 (davon 8 Navi-Geräte)	85.56 (Ø pro Fall = 1.67 TB)

**Mobiltelefonauswertung**

Jahr	Anzahl Auswertungen
2014	630
2015	605
2016	600
2017	560
2018	467

Der Tinguely-Brunnen am Theaterplatz.



### **IT-Ermittlung**

Aufgrund der Neuausrichtung des Anbieters war die Fachgruppe angehalten, ihre Forensik-Grundsoftware «EnCase» zu ersetzen. In Zukunft verwendet die Staatsanwaltschaft die in Deutschland verbreitete Forensik-Software «X-Ways». Dieser Wechsel bringt auch mehr Ausbildungsmöglichkeiten im deutschen Sprachraum mit sich.

Im Sommer 2018 wurde die Mobiltelefonauswertung, die bisher im Fachbereich «Informatik - Projekte & Support» angesiedelt war, nach erfolgter Organisationsüberprüfung in den Fachbereich «IT-Ermittlung» eingegliedert. Die Übernahme konnte dank Informatikern der Staatsanwaltschaft lückenlos durchgeführt werden, da diese Mitarbeitenden bereits in der Vergangenheit die Mobiltelefonauswertung unterstützten.

Die Zahl an Auswertungsaufträgen von Mobiltelefonen und IT-Ermittlungen hat im vergangenen Jahr deutlich abgenommen, wobei die auszuwertende Datenmenge pro Fall eine deutliche Zunahme erfahren hat.

Der Bereich Cyber-Kriminalität und seine Bekämpfung haben in den vergangenen Jahren auch in der Schweiz an Bedeutung gewonnen. Die Fallzahlen der über das Internet oder mit Hilfe des Internets begangenen Straftaten (Onlinebetrug etc.) steigen. Es ist zudem zu befürchten, dass die Verlagerung der Kriminalität und damit auch der Ermittlungen in

den digitalen Bereich (mobile Geräte, Anonymisierung, Verschlüsselung, Darknet etc.) weiter anhalten werden.

### **Projekt «Geschäftskontrolle STAWA»**

Nach dem Start im April 2017 mit JURIS 5 standen 2018 diverse Optimierungen der Geschäftsprozesse sowie weitere Anpassungen der Software und die Einführung neuer Funktionalitäten im Vordergrund. Dank zahlreicher Softwareanpassungen und Einführung kleinerer, aber wichtiger Funktionalitäten konnten viele manuelle und zeitaufwändige Arbeiten eingespart werden, wobei die Verbesserung der Performance der Applikation weiterhin eine grosse Herausforderung bleibt.

Mittlerweile werden sämtliche Dokumentvorlagen mittels vorhandener Daten aus der Applikation abgefüllt und elektronisch gespeichert.

Der elektronische Datenfluss von der Strafanzeige bei der Kantonspolizei oder aus ePolice erfolgt direkt über das VORSYSTEM ABI3 mittels einer Schnittstelle in JURIS 5, wo die Daten als Grundlage für die Verfahrenseröffnung und -führung bis zur Verfahrenserledigung dienen. Die Weitergabe (Transit) von Verfahrensdaten an die Gerichte sowie an den Straf- und Massnahmenvollzug wurde initiiert. Damit wird schrittweise die vom Programm «Harmonisierung der Informatik in der Strafjustiz» (HIS) geforderte durchgängige elektronische Verarbeitung von Daten in der «chaine pénale» umgesetzt.

«Medien zitieren vermehrt «Experten», die keine Aktenkenntnis bzw. keinen Bezug zu einem Fall haben.»

### Dienststellenbuchhaltung und Kasse

Die Dienststellenbuchhaltung führt das Rechnungswesen der Staatsanwaltschaft. Sie verbucht sämtliche für die Staatsanwaltschaft relevanten Belege, überwacht, verbucht, und verwaltet Kauti- onen, beschlagnahmte Gelder und Kostendepots. Ausserdem erstellt und überwacht sie das jährliche Budget, die tertialen Hochrechnungen sowie den Jahresabschluss. Die Dienststellenbuchhaltung kontrolliert Verfahrensakten auf Kosten und Gebühren vor Überweisung an das Strafgericht und beim Erlass von Strafbefehlen und kostenpflichtigen Ein- stellungen.

### Medienstelle und Öffentlichkeitsarbeit

Die Medienlandschaft verändert sich weiter. Zei- tungsfusionen – und damit verbunden der Abbau von Redaktionsstellen – prägen diese Entwicklung. Leserreporter, Social Media und die persönliche Betroffenheit werden immer wichtiger, beeinflussen die Berichterstattungen sowie die Geschwindigkeit bei der Verbreitung von Nachrichten. Weiter fällt auf,

dass Medien vermehrt «Experten» zitieren, die kei- ne Aktenkenntnis bzw. keinen Bezug zu einem Fall haben. Dadurch wird unter anderem auch an der Un- schuldsvermutung von Tatverdächtigen geritzt.

Kritische Medienberichte über die Arbeit der Straf- verfolgungsbehörden sind erforderlich und geben der Öffentlichkeit Einblicke in die komplexe Materie des Strafrechts. Es fällt jedoch auf, dass die Be- richte, abgesehen von Ausnahmen, nicht immer vollständig und präzise verfasst sind. Gründe da- für liegen möglicherweise darin, dass die Verfah- rensabläufe in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht zu wenig bekannt sind oder immer öfters eine ein- seitige Einstellung gegenüber Untersuchungs- und Strafbehörden vorliegt.

### Informationen an die Medien

	2014	2015	2016	2017	2018
<b>Anzahl Medienmitteilungen</b>	191	190	216	168	186
<b>Anzahl Medieninterviews</b>	122	107	71	106	120

**Betriebsergebnis Staatsanwaltschaft vor Abschreibung Verwaltungsvermögen**

in 1'000 CHF	Rechnung 2018	Budget 2018	Rechnung 2017
Personalaufwand	-37'529.70	-37'653.60	-37'728.00
Sach- und Betriebsaufwand inkl. Abschreibungen Kleininvestitionen	-21'773.30	-21'189.30	-20'809.20
Transferaufwand (Vollzug jugendstrafrechtlicher Schutzmassnahmen)	-2'121.00	-2'600.00	-2'290.60
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-61'424.00</b>	<b>-61'442.90</b>	<b>-60'827.70</b>
Entgelte	20'196.40	19'565.50	21'167.60
Transferertrag (Beitrag des Bundes an den Kantonalen Nachrichtendienst CHF 800'000, Sicherheitskosten Asylempfangs- und Verfahrenszentrum CHF 114'100)	914.10	883.50	917.20
<b>Betriebsertrag</b>	<b>21'110.50</b>	<b>20'449.00</b>	<b>22'084.80</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibung Verwaltungsvermögen</b>	<b>-40'313.50</b>	<b>-40'993.90</b>	<b>-38'743.00</b>

**Einzelposten Staatsanwaltschaft**

in 1'000 CHF	Rechnung 2018	Budget 2018	Rechnung 2017
Übrige Dienstleistungen (Verfahrenskosten: Gutachten, Spurenuntersuchung, Dolmetscherkosten etc.)	-3'214.30	-3'250.00	-2'974.70
Rechtshilfe/Offizialverteidigung	-751.70	-700.00	-524.10
Strafvollzugskosten	-4'626.20	-4'700.00	-4'377.20
Debitorenverluste	-5'666.10	-2'750.00	-4'146.10
Umwandlung Bussen/Kostenerlasse	-2'280.30	-3'900.00	-3'102.10
Transferaufwand	-2'121.00	-2'600.00	-2'290.60
Entgelte aus Bussen, Geldstrafen, Verfahrensgebühren etc.	17'559.10	17'650.00	18'540.30
<b>Total Einzelposten</b>	<b>-1'100.50</b>	<b>-250.00</b>	<b>1'125.50</b>



Weidling auf dem Rhein.

## Allgemeine Statistiken

### Verfahrenserledigungen Erwachsenenbereich

	2014	2015	2016	2017	2018
<b>Anklagen</b> (angeklagte Personen)	405	325	365	379	400
<b>Anklageschriften</b>	-	-	-	240	277
<b>Strafbefehle</b>	23'089	21'910	24'350	27'665	26'352
<b>Einstellungen, Nichtanhandnahmen, Sistierungen</b>	2'880	3'070	3'420	4'655	4'432

Der Birsig zwischen Zoo und Heuwaage.



## Straftaten Basel-Stadt gemäss Strafgesetzbuch: Aufklärung und Vorjahresvergleich

	2017		2018	
	Straftaten	Aufklärung	Straftaten	Aufklärung
<b>Gesamttotal Strafgesetzbuch</b>	<b>21'910</b>	<b>36,3%</b>	<b>20'617</b>	<b>37,9%</b>
<b>Total gegen Leib und Leben</b>	<b>1'436</b>	<b>80,6%</b>	<b>1'396</b>	<b>80,5%</b>
Vollendete Tötungsdelikte (Art. 111–113/116)	3	100,0%	1	100,0%
Versuchte Tötungsdelikte (Art. 111–113/116)	16	87,5%	9	100,0%
Schwere Körperverletzung (Art. 122)	13	84,6%	23	47,8%
Einfache Körperverletzung (Art. 123)	487	73,7%	362	74,6%
<b>Total gegen das Vermögen</b>	<b>15'093</b>	<b>25,5%</b>	<b>14'542</b>	<b>26,3%</b>
Diebstahl ohne Fahrzeuge (Art. 139)	7'051	27,9%	6'495	30,3%
- davon Einbruchdiebstahl	1'372	17,5%	1'024	20,6%
- davon Entreisssdiebstahl	26	19,2%	24	29,2%
Fahrzeugdiebstahl (Art. 139)	2'883	2,9%	2'939	2,4%
Raub (Art. 140)	83	33,7%	88	43,2%
Sachbeschädigung ohne Diebstahl (Art. 144)	1'366	26,6%	1'740	23,6%
Betrug (Art. 146)	1'163	61,0%	1'108	60,8%
Erpressung (Art. 156)	23	30,4%	57	26,3%
Konkurs, Betreibungsdelikte (Art. 163–171)	47	100,0%	52	100,0%
<b>Total gegen Ehre, Geheim, Privatbereich</b>	<b>617</b>	<b>75,7%</b>	<b>736</b>	<b>74,3%</b>
Ehrverletzung + Verleumdung (Art. 173 + 174)	148	73,0%	162	62,3%
<b>Total gegen die Freiheit</b>	<b>2'817</b>	<b>41,7%</b>	<b>2'449</b>	<b>47,2%</b>
Drohung (Art. 180)	574	88,2%	540	86,9%
Nötigung (Art. 181)	92	72,8%	91	71,4%
Menschenhandel (Art. 182)	8	25,0%	18	33,3%
Freiheitsberaubung (Art. 183)	36	83,3%	16	87,5%
Hausfriedensbruch ohne Diebstahl (Art. 186)	173	71,1%	211	76,3%
<b>Total gegen die sexuelle Integrität</b>	<b>277</b>	<b>75,8%</b>	<b>277</b>	<b>61,0%</b>
Sexuelle Handlungen Kind (Art. 187)	59	81,4%	35	77,1%
Vergewaltigung (Art. 190)	25	76,0%	30	73,3%
Exhibitionismus (Art. 194)	12	33,3%	14	64,3%
Pornografie (Art. 197)	60	81,7%	44	47,7%
<b>Total gemeingefährliche Verbrechen, Vergehen</b>	<b>170</b>	<b>29,4%</b>	<b>68</b>	<b>54,4%</b>
Brandstiftung (Art. 221)	46	28,3%	28	25,0%
<b>Total gegen die öffentliche Gewalt</b>	<b>641</b>	<b>66,3%</b>	<b>509</b>	<b>91,4%</b>
Gewalt und Drohung gegen Beamte (Art. 285)	373	63,0%	313	94,6%
<b>Total gegen die Rechtspflege</b>	<b>120</b>	<b>92,5%</b>	<b>153</b>	<b>92,2%</b>
Geldwäscherei (Art. 305bis)	44	95,5%	62	90,3%
Übrige Straftaten gegen das StGB	739	68,6%	487	71,0%

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, PKS



Der Basilisk auf der Wettsteinbrücke.

Redaktion und Gestaltung: chtanova communications, Basel

Fotos: Kriminaltechnische Abteilung der Staatsanwaltschaft / Markus Looser / Staatskanzlei Basel-Stadt

Druck: Job Factory Basel

Auflage: 250 Exemplare

Aus ökologischen und Kostengründen erscheint der Jahresbericht vorwiegend in elektronischer Form.

April 2019

Staatsanwaltschaft des Kantons Basel-Stadt

Binningerstrasse 21

4051 Basel

Tel. +41 (0)61 267 71 71

[www.stawa.bs.ch](http://www.stawa.bs.ch)